

nicht verfügbar haben. Die Metapher mag schief gewählt sein: aber der Besucher im Evensong wähnt sich plötzlich in eine andere Welt versetzt. Die weiten Kathedralen – normannisch, romanisch, gotisch oder Perpendicular Style –, der im Raum schwebende Klang, die Texte englisch und lateinisch: sind die Mitglieder der Church of England besser dran als wir anderen im Rest Europas?

Die Kirchenmusik ist ein Teil der Liturgie, und darum ist die Church of England eine liturgische Kirche. Morning Prayer und Evensong beginnen immer: O Lord, open thou our lips. / And our mouth shall shew forth thy praise. / O God, make speed to save us. / O Lord, make haste to help us. Als Augustin vor 1400 Jahren nach Canterbury kam, hieß das: Domine, labia mea aperies, / et os meum annuntiabit laudem tuam. / Deus, in adiutorium meum intende. / Domine, ad adiuvandum me festina. Mit denselben Sätzen beginnt jede Hore im Monastischen Brevier – die Church of England ist eine Kirche aus klösterlicher Tradition, und sie ist eine Kirche aus ältester christlicher Tradition. Das Morning Prayer trat an die Stelle der Laudes, weshalb es das Benedictus enthält. Im Evensong hat Thomas Cranmer – der Erzbischof von Canterbury, der von Maria Tudor hingerichtet wurde – Vesper und Komplet miteinander verbunden: Magnificat, Nunc dimittis und Abendkollekte sind zu Elementen eines Gottesdienstes geworden. Die Neufassung des *Common Prayer Book*, die für das Jahr 2000 vorbereitet wird, wird die liturgische Tradition der Church of England an die veränderte englische Alltagssprache anpassen (The Lectionary 1997, London 1996, 3).

Das Spezifikum der Church of England ist, daß sie seit ihrer Gründung *Teil einer relativ beschreibbaren Nationalkultur* geworden ist. Sie gehört zu einem Land, das wegen seiner Insellage von allzu direkten kontinental-europäischen Einflüssen frei blieb und unter der Krone seine politische Einheit gefunden hat. Die englische Sprache verbindet Kirche, Staat, Gesellschaft und Krone. Ohne die englische Sprache und ohne den geographischen Rahmen Englands verliert die Church of England wichtige Elemente ihrer Existenz als „anglikanische“ Kirche. In USA wird sie als „Episcopal Church“ verwechselbar mit anderen Kirchen. Der Zusammenhalt der *Anglican Communion*, zu der in 164 Ländern etwa 70 Millionen Christen gehören, wird seit 1867 auf den *Lambeth Conferences*, die der Erzbischof von Canterbury einberuft, gepflegt (The Church of England Year Book 1997, 259–263). Zu der nächsten, der dreizehnten Lambeth Conference in Canterbury im Jahr 1998 werden achthundert Bischöfe erwartet.

In einer glücklichen Randlage haben sich in der Church of England bewährte Traditionen und Strukturen erhalten, die anderswo in Europa verloren gingen oder zumindest sehr stark deformiert worden sind. Die anglikanische Kirchengeschichte von 463 Jahren – gerechnet ab der Suprematsakte von 1534 – erreicht in der Church of England unserer Tage die Gegenwart und wird in der erklärten Absicht genutzt, aus ihr auch die kirchliche Zukunft zu gestalten. Die Church of England ist ein kulturelles Gesamtkunstwerk, das zu beachten sich lohnt.

Hermann Vogt

Land im Aufbruch?

Der Libanon nach dem Papstbesuch

Der Libanon ist das nahöstliche Land mit dem höchsten christlichen Bevölkerungsanteil. Größte christliche Glaubensgemeinschaft sind die mit Rom verbundenen Maroniten. Johannes Paul II. besuchte den Libanon Mitte Mai und rief in dem von einem langjährigen Bürgerkrieg schwer heimgesuchten Land zur Versöhnung auf.

Kaum ein Bibelwort kann die jüngste Geschichte dieses Landes im Nahen Osten treffender charakterisieren als das Buch der Richter: „Und Feuer wird die Zedern des Libanon zerstören“ (Ri 9,15). Der Bürgerkrieg ist vorbei, langsam versucht das Land, seine Ohnmacht zu überwinden. Beirut ist die wohl größte Baustelle des Vorderen Orients. Papst Paul VI. hätte bei seiner Zwischenlandung in Beirut am 2. Dezember 1964 wohl kaum gedacht, daß der Zedernstaat Jahre später einer der größten Schlachtplätze der Mittelmeerwelt werden würde. Heute grünt das Gras über dem „Platz der Märtyrer“ in Beirut. Aber die Stimmen bleiben, der Libanon sei ein besetztes Land.

Das kompliziert gewachsene Staatsgefüge Libanon ist

schwierig zu durchschauen. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg und dem Ende des Osmanischen Reiches hofften die libanesischen Religionsgemeinschaften auf Unabhängigkeit des Landes. Frankreich bestand damals auf seiner Vormachtstellung und annektierte 1920 die Bekaa-Ebene und den Südlibanon – die Grundlage für die heutige Grenzziehung. Der Libanon erhielt 1926 als Republik eine Verfassung. Als 1941 das Völkerbundsmandat Frankreichs für den Libanon erlosch, schwankte das Land zwischen Anerkennung seiner Unabhängigkeit (26.11.1941 formell) und deren Ablehnung durch Frankreich. Am 8. November 1943 änderte das libanesische Parlament die Verfassung von 1926. Die Parlamentarier wurden von den Franzosen verhaftet,

zwei Wochen später, am 22. November, konnten die libanesischen Amtsträger wieder eingesetzt werden. Dieses Datum gilt als tatsächlicher Beginn der Unabhängigkeit.

Der Pakt gegenseitiger Koexistenz zwischen den Religionsgemeinschaften führte zu jener mündlichen Vereinbarung, die in großen Teilen auch heute noch Gültigkeit hat: Demnach verpflichteten sich die Religionen auf politische Neutralität und Anerkennung der Unabhängigkeit. Der Libanon gehört nach der Verfassung zur arabischen Welt, ohne aber Bindungen an den Westen aufzugeben. Das Amt des Staatspräsidenten fällt immer einem maronitischen Christen zu, der Ministerpräsident muß Sunnit, der Parlamentspräsident Schiit sein.

Die enge Zusammenarbeit von Muslimen und Christen verhalf dem Libanon zu einem raschen wirtschaftlichen Aufstieg, so daß er schon bald als die „Schweiz des Orients“ bezeichnet wurde. Außenpolitisch wirkte das Land u. a. 1945 bei der Ausarbeitung der Charta der Vereinten Nationen mit. Die Ausrufung des Staates Israel am 14. Mai 1948 hatte für den Libanon verhängnisvolle Folgen; es kam zu unübersichtlichen Flüchtlingsströmen von Palästinensern. 77 Prozent der von den in den Libanon Geflüchteten gehörten der sunnitischen Glaubensrichtung an, womit das Proporzsystem der Gesellschaft gefährdet war. Die kriegerischen und terroristischen Auseinandersetzungen der PLO mit Israel, besonders seit dem Sechstagekrieg 1967, haben auch den Libanon erschüttert. Die eigentliche Tragödie begann aber mit dem ersten Schuß im 14jährigen Bürgerkrieg am 13. bzw. 14. April 1975.

Stationen eines langen Leidensweges

Auslöser war im zunächst politischen Religionskrieg, der sich später zu einem Konflikt „Jeder gegen jeden“ entwickelte, die Benachteiligung der muslimischen Bevölkerung aufgrund des verfassungsmäßig garantierten Proporzsystems. Die Christen nahmen zahlreiche Schlüsselpositionen ein und besaßen darüber hinaus eine 6:5 Mehrheit im Parlament (53 Christen, 45 Muslime, 1 Jude). Diese Mehrheit entsprach der demographischen Situation aber höchstens in den 60er Jahren. Bereits zu Beginn der 70er Jahre hatte sich eine muslimische Mehrheit in der Bevölkerung gebildet. Die christlichen Milizen suchten damals von sich aus die Konfrontation, trotz militärisch unterlegener Kampfkraft gegenüber den Gegnern. Hinzu kam der bewaffnete Kampf der PLO gegen Israel. Am 31. Mai 1976 marschierten syrische Truppen in den Libanon ein und die „Arabische Liga“ verlieh der Regierung in Damaskus ein offizielles Mandat als „Ordnungsmacht“, außer im Südlibanon, wo Israel in einer ersten Invasion 1978 eine eigene Grenze, die berühmte „rote Linie“, setzte.

Eine Konfrontation folgte der nächsten. Die Drusen – überwiegend im Schufgebirge südlich von Beirut siedelnd – schlugen sich auf die Seite der Syrer. Der Bürgerkrieg wurde

unübersichtlich, als sich die christlichen Politiker untereinander spalteten. Während Israel am 6. Juni 1982 die Aktion „Frieden für Galiläa“ startete und den Libanon bis vor die Tore Beiruts besetzte, hofften die christlichen Milizen – die nie die Mehrheit der libanesischen Christen hinter sich hatten – auf ihre Chance. Die muslimischen Milizen verzichteten gegenüber Israel auf Widerstand, der christliche Chef *Baschir Djemayel* konnte als Staatspräsident ausgerufen werden (23.8.1982). Noch vor Amtsantritt wurde er ermordet und sein Bruder Amin trat die Nachfolge an.

Der Machtzuwachs artete in das Begleichen alter Rechnungen aus: Im September 1982 kam es zu jenen tragischen Massakern durch christliche Milizen in den Palästinenserlagern von Sabra und Chatila bei Beirut. Israel wurde beschuldigt, das Massaker nicht verhindert zu haben. Die christlichen Milizen nutzten die libanesische Armee – in der Mehrheit muslimisch –, deren Offiziersränge von Christen besetzt waren. Nicht zu vergessen ist, daß in den Jahren 1982/83 die USA, Frankreich und Italien eigene Militärkontingente nach Beirut schickten, um *Amin Djemayel* zu helfen.

Unter Druck stimmten die Christen 1984 der Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit“ zu, die aber ein Jahr später nur noch formell existierte. Seit dieser Zeit ging es auch mit der libanesischen Wirtschaft bergab. Am 1. Juni 1985 wurde von Israel die bis heute gültige Sicherheitszone im Südlibanon als Ergänzung zur „roten Linie“ von 1978 eingerichtet. Syrien arbeitete eng mit Drusenführer *Walid Djumblat* (dem heutigen Minister für Flüchtlingsfragen) und dem Chef der schiitischen Amal-Miliz, *Nabih Berri*, zusammen (er ist heute Parlamentspräsident und war damals für Attacken auf palästinensische Flüchtlingslager verantwortlich). Damaskus ließ 1987 neue Truppenverbände in den Libanon einmarschieren. Als im September 1988 die Amtszeit Djemayels auslief, waren es die muslimischen Milizen, die seine Wiederwahl verhindern wollten. Einen Tag vor Ende seiner Amtszeit ernannte Djemayel den Armeechef, General *Michel Aoun*, zum Interims-Ministerpräsidenten. Seit dieser Zeit wurde auch die Armee des Landes zur „offiziellen“ Bürgerkriegspartei.

Aoun stürzte das Land seit März 1989 in einen „Befreiungskrieg“, besessen von der Vorstellung, daß Syrien seine Truppen abziehen müsse, wenn es zu Friedensverhandlungen kommen solle. Es war ausschließlich der Irak, der ihn in seinem Kampf gegen Syrien unterstützte. Mit dem von der „Arabischen Liga“ diktierten Friedensabkommen von Taif (30.9. bis 22.10.1989) mußte sich auch General Aoun in die Rolle des Rebellen zurückziehen. Waren anfangs noch Tausende für den Chef der Militärregierung auf die Straße gegangen, konnte ihm bald nur noch Bombenterror in die Schlagzeilen verhelfen. Aoun lebt heute im Exil in Paris.

Was in Taif nahe dem saudi-arabischen Mekka beschlossen wurde, war zwar das *offizielle Ende des Bürgerkrieges*. Viele Kampfhandlungen gingen jedoch weiter. Das Papier hat die Privilegien der Christen weitgehend beseitigt, besonders ihre Mehrheit im Parlament. Seit Taif sind dort Christen und

Muslime gleich stark vertreten; die Zahl der Abgeordneten wurde auf 108 und später auf 128 erhöht. Die Parlamentarier konnten ihr Mandat von 1972 im November 1989 bis Anfang 1994 verlängern; das Regierungssystem von 1943 wurde in modifizierter Form bestätigt. Einer der wichtigsten Punkte, auf den auch die maronitische Kirche großen Wert legt: Die Rückführung von Flüchtlingen und Obdachlosen. Scharfe Kritik gab es von christlicher Seite bei den Zugeständnissen an die Syrer, die der libanesischen Regierung helfen sollten, die durch den Frieden gewonnene Autorität im Land zu sichern.

Nach dem Friedensabkommen von 1989

Auch acht Jahre nach dem Friedensschluß von Taif sind viele Forderungen des Vertrages nicht umgesetzt. Nach Angaben des Katholischen Informationsbüros im Libanon waren im Mai 1997 noch immer 60 Prozent der Flüchtlinge innerhalb des Landes („displaced persons“) nicht reintegriert. Das Ministerium für die „displaced persons“ mit Wamid Djumblat an der Spitze gibt die Gesamtzahl mit 800 000 an, wovon allein 450 000 auf eine Lösung ihrer Probleme warten. Auch die eigentlichen Zahlen der Kriegsoffer sind schwankend; offizielle Angaben wurden nie veröffentlicht. In einer Studie der katholischen Kirche, die ebenfalls im Mai publik wurde, ist von 140 000 Todesopfern (davon 90 Prozent Zivilisten), 300 000 Verwundeten, 9 600 Verstümmelten und Behinderten, 17 000 Vermißten und 13 000 Entführten die Rede. Das bedeutet, daß während des Krieges 3,7 Prozent der Bevölkerung ums Leben kamen.

Allein 950 000 Menschen (davon zwei Drittel Christen) haben das Land verlassen. Dieser Exodus hat sich auch nach dem Bürgerkrieg fortgesetzt. Waren es anfangs überwiegend wohlhabende Christen, die immigrierten, spricht man im Libanon heute von einem „multikonfessionellen“ Exodus. Ein Drittel aller christlichen Einrichtungen wurde zerstört. Allein die maronitische Kirche verlor 71 Prozent ihrer Gebäude und Institutionen. Im Oktober 1996 wurden die ersten Resultate der ersten Bevölkerungszählung seit 1932 veröffentlicht: Demnach leben heute im Libanon 3 112 000 Menschen (in der Statistik werden die palästinensischen Flüchtlinge nicht mitgezählt), die Analphabetenquote liegt bei 13,6 Prozent. Allein seit Mitte 1993 haben 23 500 Personen das Land verlassen, von denen 2 Prozent Analphabeten und 33,6 Prozent Personen mit einem Universitätsabschluß waren.

Hat der Libanon eine Zukunft? Während der Friedensschluß von Taif nur langsam realisiert wird, hofft man auf das alte Prinzip der Koexistenz zwischen Muslimen und Christen. Dieses Bemühen steht aber unter anderen Vorzeichen als noch vor Ausbruch des Bürgerkrieges. Heute fühlt sich der überwiegende Teil der libanesischen Bevölkerung von zwei Staaten besetzt. Während Israel die UNO-Resolution 425 vom 19. März 1978, die den Abzug israelischer

Truppen aus dem Südlibanon fordert, nach wie vor ignoriert, befinden sich rund 40 000 syrische Soldaten in großen Teilen des Landes. Diese Präsenz geht einerseits auf den erneuten Einmarsch des Militärs von Syriens Staatschef *Hafiz al-Asad* im Jahre 1987 zurück, andererseits auf ein syrisch-libanesisches Verteidigungsbündnis von 1991.

Die Christen warnten damals vor einer syrischen Übermacht im Land. Sie sind es hauptsächlich, die die Folgen des Friedens von Taif zu tragen haben. Dabei ist es schwierig, mit den innenpolitischen Hardlinern auszukommen: Eine radikale Kraft, die noch lange nach dem Friedensschluß von Taif wirkte, waren die „Forces Libanaises“ (FL), eine von 18 Terrorgruppen, die den Dschungel innerlibanesischer Verstrickung kennzeichnen. Nach dem Bombenanschlag im Februar 1994 auf eine Kirche – 10 Menschen starben damals – wurde die FL schon bald verboten und am 24. Juni 1995 konnte ihr Drahtzieher *Samir Geagea* verurteilt werden. Einen Tag vor der Ankunft Johannes Pauls II. sprach man für Geagea zum dritten Mal eine lebenslängliche Haftstrafe aus. Das Oberhaupt der maronitischen Kirche, Patriarch *Nasrallah Sfeir*, protestierte: Man könne nicht nur einen Schuldigen verurteilen. Es müsse Gerechtigkeit walten und deshalb seien alle Verantwortlichen der Terrorgruppen und Kriegsparteien vor Gericht zu stellen.

Der Ruf scheint ungehört zu bleiben, besonders beim sunnitischen Regierungschef *Rafik Hariri*, Bauunternehmer und Milliardär (er rangiert unter Nr. 116 der weltweit reichsten Personen), der seit 1992 das Land lenkt, leitet und sich als „Retter der Wirtschaft“ versteht. Die Großbaustelle Beirut, in der die Einschußlöcher des Bürgerkrieges nur langsam vernarben, möchte Hariri zu einem Wirtschaftsparadies machen. Bei enger Abhängigkeit an die Schutzmacht Syrien legt er Wert auf gute Kontakte zum Vatikan: In seiner Amtszeit suchte Hariri bereits drei Mal den Papst auf. Hier setzt die Kritik einer großen Gruppe von Christen an. Sie sehen in der fortgesetzten Islamisierung des Libanon eine Gefahr und wollen sich mit dem Präsidentenamt, das seit 1989 der gemäßigte *Elias Hrawi* bekleidet, nicht zufrieden geben. In dem schrittweisen Arrangement mit den Muslimen sowie der Schutzmacht Syrien befürchten sie den Verfall des Staates.

Die Nahostpolitik des Vatikan setzt für den Libanon – in Absprache mit dem Oberhaupt der maronitischen Kirche, Patriarch Sfeir – auf ein gegenseitiges Auskommen von Christen und Muslimen. Die Christen müßten sich mit ihrer Minderheitensituation arrangieren (zwischen 40 und 48 Prozent der Einwohner sind christlichen Glaubens, die wenigen offiziellen Angaben weichen enorm untereinander ab). Diese Forderung hat jetzt auch Johannes Paul II. während seiner zweitägigen Libanonreise im Mai erhoben.

Aber die Minderheitensituation ist für die Christen nicht einfach. Das Nebeneinander von zwölf christlichen Bekenntnissen fordert zunächst den interkonfessionellen Dialog ein, bevor man zum interreligiösen Gespräch übergeht. Rechnet man die islamischen Gruppen und rund 1000 Juden hinzu,

leben im Libanon 18 Religionsgemeinschaften. Mehrheitlich ist der Islam mit Schiiten (750 000 Anhänger), Sunniten (500 000) und Drusen (200 000) vertreten. Die größte christliche Kirche sind die Maroniten (800 000), gefolgt von Griechisch-orthodoxen, Melkiten und Armenisch-Apostolischen.

Die Christen sind bereit, ihre Hilfe beim Wiederaufbau des Staates zu leisten. So unterhalten die katholischen Bekenntnisse 325 Schulen mit mehr als 220 000 Schülern und 12 800 Lehrern. Damit stehen 30 Prozent des gesamten libanesischen Schulsystems in katholischer Trägerschaft. Ein Viertel der Schüler sind nicht christlichen Glaubens. Auch auf dem caritativen Sektor ist die Kirche von Bedeutung: Im Libanon gibt es 354 katholische Sozialeinrichtungen, zu denen auch Krankenstationen und Heime gezählt werden. Die katholische Kirche verfügt über mehr als 1000 Gemeinden, etwa 730 Weltpriester und nahezu 3000 Ordensleute.

Papstbesuch als Ermutigung für die Christen des Libanon

Seit Jahren prangert Patriarch Sfeir unermüdlich – trotz Beobachtung durch den syrischen Geheimdienst – die Besetzung seines Landes durch Damaskus an. Der Besuch des Papstes habe der Welt klar vor Augen geführt, daß der Libanon ein besetztes Land sei, so Sfeir vor und nach der Visite. Mit Blick auf das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen meint er, daß trotz gegenseitiger Toleranzbeteuerungen die Ungerechtigkeit auf dem Vormarsch sei. Am 15. September 1996 ging die zweite Parlamentswahl nach dem Bürgerkrieg zu Ende. Sfeir zweifelt Sinn und Zweck des Urnenganges an: Der Libanon sei kein freies Land, das souveräne Entscheidungen treffen könne, besonders angesichts von 40 000 syrischen Soldaten und der Besetzung von 15 Prozent des nationalen Territoriums durch Israel. Das ungelöste Problem der Anwesenheit einer halben Million Palästinenser und der Kinderreichtum der muslimischen Familien führten zu einem steten Rückgang der Christen. Ungerecht aufgeteilte Wahlbezirke und die teilweise korrupte Politik Hariris setzten nach seiner Auffassung viele Fragezeichen über die Wahl. Was man beim Friedensschluß von Taif versucht habe – eine Regierung der nationalen Einheit zu schaffen – sei bisher noch nicht umgesetzt.

Auf die schwierige Situation des Landes reagierte der Papst, indem er – zwei Jahre nach dem Friedensschluß von Taif – am 12. Juni 1991 die Einberufung einer *Sondersynode* für den Libanon bekanntgab: „Es gibt keinen anderen Weg, um der dramatischen Situation in dem Land zu begegnen und dem Volk neuen Mut zu geben“, so Johannes Paul II. damals. Bereits zuvor hatte es von seiner Seite ungezählte Appelle an die libanesischen Adresse gegeben. Hervorzuheben sind die Botschaft zur Demokratie im Libanon (1.5.1984), die Botschaft zur Freiheit (7.9.1989) und die Botschaft zum friedlichen Zusammenleben der unterschiedlichen Religionen und Kulturen (25.5.1990).

Aber auch der Papst hat die Macht des libanesischen Terrors zu spüren bekommen. Die zunächst für Mai 1994 geplante Reise in den Libanon wurde aus angeblichen Sicherheitsgründen abgesagt. Die Anschläge der FL waren willkommener Anlaß zu politischen Manövern rund um den Papstbesuch. „Das libanesisches Volk hofft darauf, einen gerechten Frieden zu finden, der ein Geschenk Gottes wäre... Das Land braucht Hilfe und Vertrauen, damit es sein altes Gesicht wiederbekommt“, erklärte am Weihnachtstag 1993 der maronitische Bischof von Jbeil, *Bechara Rai*, mit Blick auf die geplante Synode. Zwischen dem 26.11. und dem 14.12.1995 tagten dann in Rom Bischöfe und andere Vertreter der katholischen Gemeinschaften im Libanon, um dem vom Bürgerkrieg geplagten Land neue Hoffnung zu schenken.

Es bedurfte intensiver diplomatischer Bemühungen, um die Reise Johannes Pauls II. zustande zu bringen, besonders im Februar 1997. Patriarch Sfeir hielt sich zu langen Gesprächen in Rom auf, am 22.2. reiste der Verantwortliche für die Außenbeziehungen des Vatikan, Erzbischof *Jean Louis Tauran*, zur syrischen Regierung nach Damaskus – wohl um das Einverständnis einzuholen bzw. letzte Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Denn zwei Tage später traf sich Regierungschef Hariri mit dem Papst und kündigte die Reise Johannes Pauls II. an. Parallel dazu veröffentlichten die Bischöfe des Libanon eine Erklärung, in der sie darauf hinwiesen, daß sich langsam ein Klima der Versöhnung zwischen den Religions- und Volksgruppen entwickle.

Der 31stündige Besuch Johannes Pauls II. im Libanon war eine Ermutigung für die Christen, aber auch eine politische Gratwanderung, die im gesamten Nahen Osten große Beachtung fand. Die Ansprachen des Papstes waren die Synthese dessen, was er in dem 190seitigen *nachsynodalen Schreiben* zur Libanonsynode unter dem Titel „Eine neue Hoffnung für den Libanon“ in Harissa unterzeichnete und tags darauf an Vertreter des kirchlichen Lebens übergab. Der Papst forderte eine internationale Achtung des Libanon, damit dieser „seinen Platz im Konzert der Nationen“ einnehmen könne. Durch den Bürgerkrieg habe es sinnloses Leid gegeben, Familien seien auseinandergerissen worden, Menschen hätten das Land verlassen.

Ein ausdrückliches Lob galt den Frauen des Landes: „Ich verneige mich besonders vor der Haltung unzähliger Frauen, darunter Mütter und Ehefrauen, die als Förderinnen der Einheit, als Erzieherinnen zum Frieden und zum Zusammenleben und als unermüdliche Partnerinnen des Dialogs zwischen den Menschengruppen und zwischen den Generationen gewirkt haben“, so der Papst. Dialog und Kompromiß seien die Stützen für eine gerechte, die Menschenrechte achtende und auf jede Form von Extremismus verzichtende Zukunft. Die Überwindung egoistischer Interessen sei für den Wiederaufbau des Libanon ebenso wichtig wie die Wahrung moralischer und demokratischer Werte, um so am gemeinsamen Haus Libanon ohne Mauern mitzubauen. Den Jugendlichen in Harissa rief der Papst zu, sie müßten „den

Libanon der Zukunft vorbereiten, um daraus ein vereintes Volk zu machen mit all seiner kulturellen und geistigen Vielfalt“.

Die Wunden des Krieges vernarben langsam

Johannes Paul II. vermied es, die Besatzungsmächte Syrien und Israel namentlich zu nennen. In den Reden wie auch im Synodendokument spricht er wohl von der Unerträglichkeit fremder militärischer Kräfte im Land. Die internationale Gemeinschaft müsse den Libanesen bei der Wiedererlangung des Friedens in einem von allen anerkannten und respektierten Staat helfen. Während einer Eucharistiefeier mit fast einer halben Million Menschen wich der Papst von seinem Redemanuskript ab und fügte mit Blick auf die israelischen Luftangriffe im Südlibanon hinzu: „Wenn von Tyrus und Sidon die Rede ist, kann ich es nicht unterlassen, das große Leid zu erwähnen, das die dortige Bevölkerung erlebt.“ Der Appell des Papstes: Das Land brauche neue Hoffnung, „damit der Libanon seine Rolle in Nahost, unter den Nachbarländern und gemeinam mit allen Ländern der Welt erfüllen kann“. Und zum Abschluß auf dem Flughafen sagte Johannes Paul II.: „Ich ermahne die Führer der Nationen zur Einhaltung des internationalen Rechtes, besonders in Nahost, damit die Souveränität, die rechtmäßige Autonomie und die Sicherheit der Staaten garantiert und das Recht und die verständlichen Wünsche und Ansprüche der Völker respektiert werden.“

Dazu solle auch das Ergebnisdokument der Libanonsynode beitragen, das eine detaillierte Analyse der kirchlichen

Situation auch in bezug auf die anderen christlichen Patriarchate vornimmt. Die Zusammenarbeit unter den katholischen Denominationen müsse intensiviert, die ökumenischen Anstrengungen müßten verstärkt und der interreligiöse Dialog – in allererster Linie mit den Muslimen des Landes – gefördert und verbessert werden. In den Gesprächen des Papstes mit den muslimischen Religionsführern ging es vor allem um die Jerusalemfrage. Der schiitische Scheich *Mohammed Chamseddine*, der sunnitische Scheich *Mohammed Kabbani* und Drusenscheich *Moursel Nasr* erklärten nach der Begegnung, daß sie gegenüber dem Papst gegen die Judaisierung des arabischen Teils von Jerusalem protestiert und auf dem Recht des Libanon bestanden hätten, gegen die israelische Besatzung zu kämpfen.

Die Libanonsynode und die Papstreise waren für das Selbstbewußtsein des Landes ein Meilenstein. Johannes Paul II. wollte ganz besonders das Synodenpapier weder als einen Abschluß noch als den Endpunkt eines Weges sehen: „Im Gegenteil, es ist eine Aufforderung an alle Libanesen... eine neue Seite der Geschichte aufzuschlagen. Es ist der Beitrag der Weltkirche zu einer größeren Einheit in der katholischen Kirche im Libanon, zur Überwindung der Spaltungen zwischen den verschiedenen Kirchen und zur Entwicklung des Landes, an der sich alle Libanesen beteiligen sollen“, so der Papst auf dem Flughafen von Beirut, wo langsam die Wunden des Krieges verheilen. Langsam, sehr langsam, denn das Bild von Syriens Staatschef Assad begrüßt den Besucher des Libanon noch immer am Flughafen. Dem Land im Aufbruch kann man nur mit dem Propheten Jesaja wünschen: „Die Pracht des Libanon kommt zu dir..., um meinen heiligen Ort zu schmücken; dann ehre ich den Platz, wo meine Füße ruhen“ (Jes 60,13).

Matthias Kopp

Zunehmende Verunsicherung

Politische und kirchliche Entwicklungen in Südkorea

Der Aufstieg Südkoreas zu einer asiatischen Wirtschaftsmacht hatte seinen Preis, wie sich jetzt wieder an einem Korruptionsskandal zeigt, in den auch der Präsident indirekt verwickelt ist. Sorgen bereitet auch die Lage in Nordkorea, die Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung dämpft. Die katholische Kirche stößt mit ihrem Wachstum an Grenzen und muß sich um eine Vertiefung des kirchlichen Lebens bemühen.

Der „Hanbo-Skandal“, die großangelegten Bestechungsaktionen eines Eisen- und Stahlkonzerns über Jahre hinweg, ist auf den ersten Blick nur einer der vielen Korruptionsskandale, an denen die koreanische Politik in den letzten Jahrzehnten nicht gerade arm war. Der Zusammenbruch des zweitgrößten Stahl- und Bauunternehmens des Landes, das mit fast 10 Milliarden Dollar verschuldet ist, stellt den größten Firmenzusammenbruch in der Geschichte Südkoreas

dar. Andererseits bekommt der Korruptionsfall des bankrotten Hanbo-Konzerns dadurch eine ganz andere Note, daß er einen Präsidenten betrifft, der als langjähriger Oppositionspolitiker eine grundlegende Wende in der koreanischen Politik versprochen hatte und der jetzt erleben muß, daß die alten Praktiken der Vorteilnahme im Amt bis in das Herz seiner eigenen Regierungsmannschaft reichen.

Mitte Mai wurde der Sohn des Präsidenten, *Kim Hyun-chul*,